

Die Arbeiter-Zeitung

Sonntagszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Marx' schwächliche Drohung.

Die Sozialdemokratie besteht auf Nachprüfung der Ermächtigungsverordnungen. - Scharfe Zurückweisung der Versuche, den Reichstag weiter auszuschalten. - Auch die Vorverlegung des Wahltermins schreckt nicht!

Vor der Auflösung?

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Am 5. Dezember vorigen Jahres gab die Regierung Marx vor dem Reichstag ihre erste und bisher einzige Regierungserklärung ab. Entweder Ermächtigung oder Auflösung des Reichstages war damals die Entscheidung, mit der sie das Parlament, das sie einzeln hätte, bedrohte. Das Reichstag für die Bewilligung des Ermächtigungsgesetzes, bedingt sich aber eine spätere Kritik aller Verordnungen vor, die auf Grund der dem Kabinett gegebenen Vollmachten erlassen werden sollten, und ging dann in die Weihnachtsferien. Seitdem gab die Reichsregierung keine programmatischen Erklärungen mehr ab, und man hätte deshalb annehmen sollen, daß sie die Ereignisse nach dem Bedürfnis des In- und Auslandes nach einer Fortsetzung der in der Sitzungslücke Zeit des Reichstages ergriffenen Maßnahmen Rechnung zu tragen. Der Reichstagsler, der am Dienstag die große politische Ansprache im Reichstag einleitete, hat aber nicht daran gedacht, diese politischen Maßnahmen mit nachzukommen. Er beschränkte sich auf die notwendige eingehende Nachprüfung der unter seiner Führung bis heute verabschiedeten In- und Außenpolitik, vertriebe sich noch einmal seine 70 Notverordnungen in dem erforderlichen Maße, formelbeschränkt sich im wesentlichen darauf, dem Reichstag Vorzug zu tun, warum an den Notverordnungen im allgemeinen nichts geändert werden darf und weshalb Aufhebungsanträge verboten sind. Aber selbst diese Spezialklärung war mehr als schwach, nicht im geringsten wirkungsvoll und übergegend. Seit mehr als einer Woche ist die Auffassung der Reichsregierung über die von ihr geleitete Behandlung der Verordnungen durch den Reichstag bekannt und unvollständig ist das Kabinett über die Stellung der Sozialdemokratie unterrichtet, die es als einzige Fraktion vom ersten Tage an angeht hat, sich in ihren verfassungsmäßigen Pflichten von der Regierung auch nur irgendwie befreit zu lassen. Was wäre deshalb mehr angebracht gewesen, als daß Herr Marx von der Tribüne des Reichstages heraus seine Argumente entkräftigt und so für die von ihm vertretene Meinung gewonnen hätte? Aber kein Beispiel geizete er dafür, daß das Verlangen der Sozialdemokratie nach Aufhebung oder Veränderung bestimmter Verordnungen die inangewiesene Einseitigkeit gegenüber der Reichsregierung zu widerlegen, muß deshalb auch als schlagende Belege angesehen werden. Zufällig hat er nicht dem Kabinett gebietet, sondern viel eher die Auflösung der Sozialdemokratie als vollständig und berechtigt zu erklären.

Die politische Diskussion erhielt unter diesen Umständen erst den Charakter einer sogenannten „großen“ Aussprache, als Gerhart Hermann Müller die Katen und Missfakten der gegenwärtigen Regierung vor, ihrer Unzulänglichkeit in den letzten Monaten zusammenfassend schilderte, Kritik übte und seinen kritischen Bemerkungen positive Forderungen gegenüberstellte. Er hätte sich seine Aufgabe wesentlich leichter machen können, wenn er dem Grundgedanke des Herrn Marx eingeleitet wäre, der dem Reichstag das Recht gibt, zu kritisieren, ihm aber geringschätzend unterlag, kann aus dieser Kritik auch die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Praktisch würde das darauf hinauslaufen, den Reichstag zu einer Instanz herabzubringen, die wohl kritisieren darf, aber sonst nichts zu sagen hat. Müller sollte es für die Fraktion ab sich an dieser Geringschätzung des Reichstages zu beteiligen. Schon in der Einleitung seiner Rede ließ er dem Kanzler keinen Zweifel darüber, daß auch die Drohung mit der Auflösung des Reichstages die Sozialdemokratie nicht abhalten konnte, ihren verfassungsmäßigen Pflichten nachzukommen. Diesem selbstverständlichen Hinweis folgte der Hinweis, daß das Selbstbild des Herrn Marx über sich und seine Regierung, wie es in seiner Erklärung zum Ausdruck kam, keineswegs gerechtfertigt ist. Mitunter Recht konnte Müller daraus entnehmen, daß manches besser wäre, wenn der Reichstag schon vor Monaten den Fortsetzungen der sozialdemokratischen Fraktion gefolgt wäre. Selbsten ließ hat sie bereits im April 1923 im Reichstag Anträge zur Stabilisierung der Währung eingebracht, deren Verwirklichung vielleicht die Aufhebung und das Überwinden der durch diesen widerrechtlichen Akt herbeigeführten Währungsverwirrung hätte. Allein in einer Zeit, in der die bürgerlichen Parteien eine Stabilisierung ihre Zustimmung verweigerten, ist die Sozialdemokratie für Finanzmaßnahmen zur Sanierung unserer Währung eingetreten. Niemand daraus ergibt sich, daß sie heute alles Interesse daran hat, die inangewiesene Kaufkraft durch ihre Mitarbeit erfolgte Stabilität aufrechtzuerhalten. Nur von diesen Gesichtspunkten aus sind die Anträge zu den Notverordnungen der Regierung zu verstehen. Sie sollen zur Festigung unserer Währung dienen und alle Mängel in den Verordnungen, die diesem Ziel widersprechen, ausmerzen. Die Fortsetzung des Ausnahmezustands gab unfernen

Fraktionäre nicht nur Unbill, die innen- und außenpolitischen Schäden der Willkürherrschaft aufzuheben, sondern auch eine kurze, aber fröhliche Erörterung mit den Kamunisten zu halten. Es wurden vollkommen berechtigt als die Träger des Reichstages in den Ausnahmefällen bezeichnet. Bei allem Wohlwollen, das auf Befehl von Moskau in Deutschland durchzuführen verstand, wird die Sozialdemokratie Genarrin jedes Ausnahmegesetzes. Sie ist der Auffassung, daß die Vollziehung Gewaltenteilung in Deutschland fast genau ist. Umzugswende von vornherein zu vereiteln, zum mindesten aber sofort im Reine zu erhitzen. Vorausgesetzt hierfür ist selbstverständlich eine zuverlässige Vollmacht, deren Verletzung auf jeden Fall als Gegenverstoß in diese Voraussetzung nicht erfüllt, oder vielmehr nicht möglich gefehlt, ihr zu entsprechen, wenn sie Mittel zur Aufrechterhaltung des Ausnahmezustands zur Aufhebung der Schlichter unterer Kabinetsämtern zur Verfügung gestellt worden wären. Dieser Fall, den Herr Hermann Müller dem Reichstagsmitglied gab, ließ er die Fortsetzung, endlich einmal Klarheit über die Kosten des Ausnahmezustands zu schaffen. Die nächsten Tage werden Gelegenheit geben, diese Forderung erneut zu erheben und auf ihre Erfüllung zu drängen. Heute, Mittwoch, wird die politische Aussprache fortgesetzt. Nicht bei den gleichen Verlust über den Inhalt vom Dienstag, dann ist ziemlich sicher mit der Auflösung des Reichstages zu rechnen. Aber selbst wenn Notverordnungen eintreten sollten, die eine Aufhebung verhindern, wird es Aufgabe unserer Genossen im Lande, nach wie vor mit aller Energie die Wahlen vorzubereiten. Die Rede des Reichstages am Dienstag hat die Sozialdemokratie diese Vorbereitung nicht erschwert, sondern erleichtert.

Der Sitzungsbericht.

Berlin, 26. Februar. (Soz. Parl.-Dienst.)

Auf der Tagesordnung der hundertsten Sitzung steht der Notzettel für 1924 in Verbindung mit den sozialdemokratischen und demokratischen Anträgen auf Veränderung oder Aufhebung beschriebener, unter dem Ermächtigungsgesetz erlassenen Verordnungen. Das Wort ergeht zunächst

Reichskanzler Dr. Marx:

Am 5. Dezember hat der Reichstag durch das Ermächtigungsgesetz der Reichsregierung die Vollmacht erteilt, Maßnahmen zu treffen, die im Hinblick auf die nachdringende Not von Volk und Land dringend erforderlich waren. Eine sehr große Mehrheit des Reichstages war mit der Regierung darin einig, daß zur Bewältigung der unter Volk unumkehrbar drohenden Gefahren der arbeitslose Weg der Notverordnung beschritten werden mußte. Diese Wege sind es, die damals als erdbeerndes Wort hingen: Die Wahrung des Vermögensstandes, Bilanzierung des 1924 vorzuziehenden Staats und die Wiederbelebung der Wirtschaft. Ungeachtet mit diesem Ermächtigungsgesetz hat die Regierung eine große Zahl von Verordnungen erlassen, die fast auf alle Ausnahmefälle des Gesetzes anzuwenden. Neben hier einseitig erlassenen Verordnungen beruhen die Sozialpolitik, die Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit und soziale Lage unseres vielgestaltigen öffentlichen Lebens. Viele Verordnungen dienen der Aufgabe, Gemeinsam zu beistehen, die in der öffentlichen Verwaltung oder im Wirtschaftlichen hervorgerufen werden, und sollen zur Bereinigung und Bekämpfung beitragen. Ob die Beschränkungen überall das Nötigste getroffen haben oder der jeweils eingeschlagenen Weg der einzig mögliche zur Erreichung des gesteckten Zieles ist, darüber kann verschiedene Meinung sein. Die Kritik an ihnen darf nicht die Regierung in ihrer Aufgabe befehlen. Sie ist doch, daß der gesetzlich ruhiger Beurteilung der ergriffenen Verordnungen das Urteil bilden ergeben muß, daß es der Regierung im großen und ganzen gelungen ist, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen. (1) Die Marx hat seit Mitte November auf drei Stellen: Arbeitslosigkeit, Währungsverwirrung, Arbeitslosigkeit und Währungsverwirrung, die Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit und soziale Lage in roten Umkleen den Sonderausgaben vorzulegen werden konnte. Bilanzierung in den inneren Ausgaben des Reichs. Die wichtigsten Voraussetzungen freilich ist die freie Regierung über die Steuern und Höhe aus dem Reichs- und Reichsgebiet. Den Ländern und durch sie den Gemeinden sind erforderlich die Steuerquellen auszuweiten. Die Wirtschaft erhebt sich langsam, aber fühlbar, wie aus der Wärmende der Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter zu erkennen ist. Das Verändern der Währungsform zum Staat ist nicht erkannt. (2) Die Erfolge der Regierung können nur erreicht werden durch unermüdeten Kampf, rücksichtslos und zielstrebig Maßnahmen, die unannehmlich für manche Familie schwerer Last, harte Entbehrungen und trübe Sorgenstunden mit sich gebracht haben. Die Personalabgabeverordnung hat in vielen Familien harte Wintererwartungen mit sich gebracht, die in der ersten Hälfte des Winteres sich bei den Beamten und die Verlängerung der Arbeitszeit bei den Arbeitern und Beamten. Die meisten der Arbeitslosen sind in der ersten Hälfte des Winteres in den meisten mangelhafter Art gesehen in weiten Umkreisen die Erhaltung der Beamten an und stehen räumlich aus. Die Personalabgabeverordnung (3) ferner: Über es handelt sich darum, den Zu-

kommenheit des Reichs das Fortbestehen und die Fortentwicklung der deutschen Nation zu sichern. Nach der Unterzeichnung der Reichsregierung ist es kein anderer Weg, darüber zu denken, als (in der D. A. R.) die Hände zusammen und nebeneinander eine gemeinsame Sache zu tun und sich auf einen Weg zu stellen, der den Zweck der Rettung und des Fortbestehens der deutschen Nation zum Ziel hat. Die Reichsregierung ist bereit, sich für die Fortentwicklung der deutschen Nation einzusetzen. Die Reichsregierung ist bereit, sich für die Fortentwicklung der deutschen Nation einzusetzen. Die Reichsregierung ist bereit, sich für die Fortentwicklung der deutschen Nation einzusetzen.

Den Sinn der Weisen hat die Reichsregierung nicht verstanden. Die Reichsregierung ist bereit, sich für die Fortentwicklung der deutschen Nation einzusetzen. Die Reichsregierung ist bereit, sich für die Fortentwicklung der deutschen Nation einzusetzen. Die Reichsregierung ist bereit, sich für die Fortentwicklung der deutschen Nation einzusetzen. Die Reichsregierung ist bereit, sich für die Fortentwicklung der deutschen Nation einzusetzen. Die Reichsregierung ist bereit, sich für die Fortentwicklung der deutschen Nation einzusetzen.

Die Reichsregierung ist bereit, sich für die Fortentwicklung der deutschen Nation einzusetzen. Die Reichsregierung ist bereit, sich für die Fortentwicklung der deutschen Nation einzusetzen. Die Reichsregierung ist bereit, sich für die Fortentwicklung der deutschen Nation einzusetzen. Die Reichsregierung ist bereit, sich für die Fortentwicklung der deutschen Nation einzusetzen. Die Reichsregierung ist bereit, sich für die Fortentwicklung der deutschen Nation einzusetzen. Die Reichsregierung ist bereit, sich für die Fortentwicklung der deutschen Nation einzusetzen. Die Reichsregierung ist bereit, sich für die Fortentwicklung der deutschen Nation einzusetzen. Die Reichsregierung ist bereit, sich für die Fortentwicklung der deutschen Nation einzusetzen. Die Reichsregierung ist bereit, sich für die Fortentwicklung der deutschen Nation einzusetzen. Die Reichsregierung ist bereit, sich für die Fortentwicklung der deutschen Nation einzusetzen.

Abg. Hermann Müller (Soz.):

Der Reichskanzler hat in einer außerordentlich ernstlichen Rede die Gründe auseinandergesetzt, die die Regierung veranlassen haben, das Ermächtigungsgesetz so zu handhaben, wie das geschehen ist. Wir werden diese Gründe im einzelnen zu prüfen und unter Urteil abzugeben haben. Wenn der Reichskanzler in diesem Zusammenhang von der Möglichkeit eines Konflikts und der Auflösung des Reichstages gesprochen hat, ist nicht die Regierung gemeint, sondern die Reichsregierung. (Sehr richtig!) bei den Soz. Wenn wir nach Monaten wieder zusammenkommen, so haben wir alle Ursache, und nicht nur über das Ermächtigungsgesetz und die erlassenen Verordnungen zu unterhalten, sondern auch auf das Ermächtigungsgesetz selbst zu sprechen. In dieser Zeit werden wir im einzelnen werden wir zu unterhalten haben, ob es notwendig war,

unvollständigen Protokoll... in der Halle... die Reichsregierung... die Sozialdemokratie... die Arbeiter-Zeitung... die Halle, Mittwoch, den 27. Februar... Jahrg. 1924 - Nr. 49... Einzelpreis 10 Pfennige... Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt... urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192402271-17/fragment/page=0001

DFG







Halle und Saalkreis.

Callé, den 27. Februar 1924.

Die hallische Indexziffer sinkt wieder.

Die hallischen Indexziffern vom 25. Februar 1924 lauten nach der Berechnung des statistischen Amtes (auf der Grundlage der 50jährigen Normatabelle, beginnend mit 1914 = 100) ...

Ermäßigung der Gütertarife.

Im weitere 10 Prozent zur Erleichterung des Verkehrsverkehrs. Die Reichsbahn ermäßigt mit Zustimmung der Reichsregierung die Gütertarife einseitig ...

Zwischen „Stahlhelm“ und „Republik“.

Die für sich unabhängige „Republik“, seit längerer Zeit in einer Art Gefangenensituation ...

Die Zukunft der Gemeindebetriebe.

Der dem Kriege entwickelte sich die Gemeindepolitik in fast allen deutschen Städten immer mehr in der Richtung ...

„Aus Severins Reich.“

Unter dieser Überschrift beschließen die „Sollischen Nachrichten“ in Nr. 47 vom 25. Februar 1924 mit der Begrüßung ...

Die Kirche sucht Gläubige.

Unzweifelhaft ist immerhin die Freimütigkeit, mit der in dem Blatte die Enttarnung von der Kirche ausgeht ...

Die „Republik“ verboten.

Das Verbotsgesetz tritt mit: Der Verleiher des Heftes IV hat mit Verfügung vom 25. Februar 1924 ...

Die Zunahme der Schwindsucht.

Aus der Fürsorgestelle für Lungenerkrankte, Sankt-Ann-Krankenhaus, wird uns dazu folgendes mitgeteilt: Auch in Halle steigt die Zahl der Schwindsüchtigen ...

Die Idee der Hochschule.

In der „Deutschen Gesellschaft für Politik“ ist der „Inhaltsstoff“ ...

Saalkreis.

Grundbesitz. Wenn im Kampf um die proletarische Sache ...

Parteiangehörigen.

„Kronenblatt“, Freitag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ ...

Wander-Gewinn.

Donnerstag: Teils bettet, teils mottig, etwas Schnee, heilige Räte, Freitag: Sonnig, bettet, trocken, strenger Frost.





